

Auf dem Weg zum neuen Wir: Erklärung für mehr Teilhabe in der postmigrantischen Gesellschaft

Mehr als 50 Migrant*innenorganisationen und Neue Deutsche Organisationen* haben mit Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Ende 2016 ihre Vorstellungen zusammengetragen, wie Teilhabe durch die interkulturelle Öffnung von Organisationen und Institutionen gelingen kann. Mit ihren Forderungen und Empfehlungen in dem „Impulspapier der Migrant*innenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ bringen sie zum Ausdruck, dass sie sich als Teil eines gemeinsamen Deutschlands verstehen.

Als eine der Institutionen, an die sich die Empfehlungen und Vorschläge richten, möchten wir dazu unseren Beitrag leisten. Migration und gesellschaftliche Vielfalt begreifen wir als Selbstverständlichkeit. Integration ist keine Einbahnstraße. Sie ist keine Bringschuld allein von Migrant*innen. Auch die Gesellschaft und ihre Institutionen müssen sich wandeln. Wir müssen intensiver für das Ziel arbeiten, die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant*innen und „Neuen Deutschen“ sicherzustellen und Intoleranz, Diskriminierung und Extremismus zu verhindern. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft, allen menschen- und demokratiefeindlichen Phänomenen entschieden und geschlossen entgegenzutreten und für die Werte unserer Verfassung einzustehen. Dies wollen wir angehen und daher auch Organisationen von Migrant*innen und „Neuen Deutschen“ als selbstverständlichen Teil unserer Zivilgesellschaft stärken.

Wir werden die gesellschaftliche Anerkennung, Teilhabe und Chancengerechtigkeit vorantreiben, indem wir

- die Vorschläge und Empfehlungen des Impulspapiers in unserem Zuständigkeitsbereich prüfen und Strategien zur Umsetzung entwickeln,
- in einen strukturierten Dialog über die interkulturelle Öffnung unserer Organisation mit Migrant*innenorganisationen und Neuen Deutschen Organisationen treten,
- diese als Expert*innen auf Augenhöhe einbinden,
- ihre Ressourcen für den Dialog stärken und dabei insbesondere die Belange von Migrantinnen und geflüchteten Frauen berücksichtigen.

Diese Erklärung und unsere mit der Unterzeichnung und in Zukunft vorgesehenen konkreten Umsetzungsschritte werden wir intern wie extern bekannt machen.

* Initiativen von Menschen, die sich nicht mehr als Migrant*innen bezeichnen.